

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

Dr. Dieter Sperling MdB
glossiert das Elend der
Prognostiker: Manchmal
kommt es eben anders.

Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB,
Obmann der SPD-Fraktion
im Verkehrsausschuß des
Deutschen Bundestages,
fordert ein ÖPNV-Ener-
gieprogramm: Von Mine-
ralölsteuer entlasten.

Seite 2

Lieselott Blunck MdB,
Mitglied des Ausschusses
für Ernährung, Landwirt-
schaft und Forsten des
Deutschen Bundestages,
zieht Schlußfolgerungen
aus Katastrophen mit
chemischen Stoffen;
Pflanzenschutzmittelge-
setz verschärfen.

Seite 3

Bodo Schumann MdB,
Stellvertretender Vor-
sitzender der SPD-Bür-
gerschaftsfraktion der
Freien und Hansestadt
Hamburg, belegt anhand
einer wissenschaftlichen
Untersuchung die Vorzüge
der Gesamtschule: Besse-
re Alternative.

Seite 4

40. Jahrgang / 32

14. Februar 1985

Das Elend der Prognostiker

Manchmal kommt es eben anders

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

In einem Artikel des "Prognos"-Chefs, also einer Be-
ratungsfirma, die davon lebt, zu wissen, wie es wer-
den wird, war jetzt zu lesen, daß die Dienstlei-
stungen ein beachtliches Wachstumsfeld der deutschen
Wirtschaft sein werden.

Das ist nicht neu und schon oft vorausgesagt worden.

Mehr noch: Die Prognose wird damit belegt, daß schon
seit 1960 der Beschäftigungszuwachs im Dienstlei-
stungsbereich größer ist als der der Gesamtwirtschaft.

Also ist die Prognose gar keine, sondern allenfalls
die Prophezeiung, daß ein laufender Trend andauern
wird.

Der Chef-Prognostiker schließt seine Ausführungen mit
der Aussage: "Wir müssen die 'Tertiären' in Zukunft
viel ernster nehmen."

Auch das stimmt, wenn er das "wir" auf seine eigene
Firma bezieht. Denn deren Prognostiker haben uns Ende
der 60er Jahre für 1980 einen Industrieanteil von 60
Prozent und einen Dienstleistungsanteil von knapp 19
Prozent vorausgesagt.

Es kam anders. Jetzt merken es auch die Prognostiker.
Was für die Prognosen wiederum hoffen läßt.

(-/14.2.1985/rs/fr)

+ + +



Von Mineralölsteuer entlasten

Sozialdemokraten fordern ein ÖPNV-Energie-Programm

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Sozialdemokraten haben sich im Verkehrsausschuß für ein ÖPNV-Energie-Programm eingesetzt, mit dem der Nahverkehr von der Mineralölsteuer entlastet werden soll.

In den Ballungsräumen wie auch in ländlichen Gebieten trägt der konsequente Ausbau attraktiver öffentlicher Verkehrssysteme dazu bei, die Umwelt für die Bürger wieder menschlicher und lebenswerter zu machen.

Der ÖPNV ist sparsam im Energieverbrauch und schont unsere Umwelt, er ist in hohem Maße sicher und zuverlässig. Deshalb muß er attraktiver gestaltet und für unsere Bürger stärker als echte Alternative zum Individualverkehr ausgebaut werden.

Die Bundesmittel für den ÖPNV werden gespeist aus dem Mineralölsteueraufkommen in Höhe von 2,7 Pfennig je Liter. Die Höhe dieser Mittel ist damit abhängig vom Treibstoffverbrauch. Spart der Verbraucher, so sinken entsprechend die ÖPNV-Mittel zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden. Steigt der Verbrauch, so stehen anteilig auch mehr Investitionsmittel zur Verfügung.

Die finanzielle Förderung durch den Bund kann aber nicht allein von der Höhe des Kraftstoffverbrauchs abhängig gemacht werden. Vor allem wegen der Umweltbelastungen kommt es darauf an, den Kraftstoffverbrauch zu reduzieren. Für den ÖPNV sind deshalb zusätzliche Fördermittel nötig. Alle Träger und Verbände des Nahverkehrs fordern dies seit langem. Das ÖPNV-Energie-Programm muß deshalb dringend verwirklicht werden.

(-/14.2.1985/rs/fr)

+ + +



Katastrophen mit chemischen Stoffen

Konsequenzen bei Pflanzenschutzgesetzgebung ziehen

Von Lieselott Blunck MdB

Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und
Forsten des Deutschen Bundestages

Der jetzt in der Fernsehserie "Globus" geäußerte Verdacht, daß das Pestizid "Nemacur" der eigentliche Auslöser der spanischen "Giftsyndrome" sein könnte, wirft einmal mehr die Frage nach dem hemmungslosen und unkontrollierten Ausbringen von Pflanzenbehandlungsmitteln in der Landwirtschaft auf. Offenbar muß es erst immer wieder zu Massenkatastrophen kommen, um die politisch Verantwortlichen zum Handeln und die Chemie-Giganten zur Einsicht zu bringen.

Erst vor wenigen Wochen hat die schreckliche Giftgaskatastrophe im indischen Bhopal die Problematik der Anwendung der modernen Chemie in den Ländern der Dritten Welt deutlich gemacht. Leichtfertiger Umgang bei der Produktion, fehlende Schutzvorschriften und Sicherheitsbestimmungen sowie ein noch nicht ausreichend entwickeltes Umweltschutzbewußtsein haben fast zwangsläufig zu den Zigtausenden von Opfern geführt.

Die Parallele zwischen Bhopal und Spanien läßt sich leicht ziehen. In Spanien steht die mißbräuchliche Anwendung eines Schädlingsbekämpfungsmittels auf Tomatenfeldern in der Provinz Almeria im Verdacht, für die schrecklichen Vergiftungen verantwortlich zu sein. Auch hier drängt sich die Vermutung auf, daß die falsche Anwendung geradezu vorprogrammiert war, weil dem fraglichen Wurmvernichtungsmittel Nemacur keine Anwendungsvorschriften für Tomaten beigegeben waren. Diese wurden bezeichnenderweise erst im Jahre 1982, also ein Jahr nach dem Auftreten der Giftsyndrome angebracht. Der Produzent von Necamur, der Bayern-Konzern, wird sich nach seiner Verantwortung fragen lassen müssen und insbesondere auch danach, ob er alle Folgewirkungen von Nemacur, vornehmlich auf den Stoffwechsel der Pflanzen selbst, ausreichend überprüft hat.

Die neue Schreckensnachricht aus Spanien darf nicht ohne Konsequenzen für das zur Zeit im Parlament beratene Pflanzenschutzgesetz bleiben, und es müssen folgende Forderungen erhoben werden:

- Chemische Stoffe, die bei uns verboten sind, müssen generell vom Export ausgeschlossen werden,
- die Anwendungsvorschriften müssen so klar und eindeutig sein, daß jede Fehlanwendung unmöglich gemacht wird,
- es muß eine Gefährdungshaftung eingeführt werden, die Hersteller oder Importeure von Pflanzenschutzmitteln zum Schadensersatz verpflichtet, wenn die Anwender bei bestimmungsgemäßem und sachgerechtem Gebrauch körperliche Schäden erleiden.

Darüber hinaus müssen größere Anstrengungen unternommen werden, den steigenden Einsatz von giftigen Pflanzenbehandlungsmitteln weitgehend einzudämmen. Auch müssen in stärkerem Maße alternative Anbaumethoden gefördert werden, um Mensch, Tier- und Pflanzenwelt vor irreparablen Schäden zu bewahren.

(-/14.2.1985/vo-he/rs)

+ + +



Ein Plädoyer für die Gesamtschule

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen die Vorzüge dieser Bildungseinrichtung

Von Bodo Schümann MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bürgerschafts-
fraktion der Freien und Hansestadt Hamburg

Alle Jahre wieder stellt die CDU zu den Schüler-Anmeldeterminen ihre übliche Große Anfrage zur Gesamtschule: Fragen und Debattenbeiträge strafen jedesmal die Wahlaussagen der CDU Lügen, sie wolle auch - unter bestimmten Bedingungen - die Gesamtschule erhalten. Wir erleben stets den Versuch, diese Schulform zu vernichten. Diesmal in Hamburg mit weitgehend falschen Tatsachenbehauptungen, zugespitzt zu einer demagogischen Suggestivfrage.

Es gibt kein Land in Europa, das sich mit den Formen der integrierten, der gemeinsamen Schule so schwertäte wie die Bundesrepublik. In den anderen europäischen Staaten tragen konservative und linke Parteien, gleichgültig, wer gerade an der Regierung ist, gemeinsam das Konzept einer gemeinsamen Schule, so verschieden auch im einzelnen ihre Ausgestaltung ist.

Bei uns in Hamburg hat es nach dem Ersten Weltkrieg bereits erbitterte ideologische und politische Auseinandersetzungen gegeben, als die SPD die gemeinsame Grundschule für alle, die erste Gesamtschule, eingeführt hat. Als 1949 der Hamburger Schulreformer und SPD-Senator Heinrich Landahl die sechsjährige Grundschule in Hamburg einführen wollte, verließen CDU und FDP bei der Schlußabstimmung in der Bürgerschaft am 23. September den Plenarsaal.

Die Bundesländer einigten sich 1973 im Bildungsgesamtplan auf ein gemeinsames Reformziel, "das unter Berücksichtigung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung den Anspruch des Einzelnen auf Förderung und Entfaltung seiner Begabungen, Neigungen und Fähigkeiten erfüllt und ihn dadurch befähigt, sein persönliches, berufliches und soziales Leben selbstverantwortlich zu gestalten. Damit werden Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit zu einander ergänzenden und bedingenden Prinzipien des künftigen Bildungswesens". (Bildungsgesamtplan Band 1, Stuttgart 1974, Seite 8). Zur Ausfüllung dieser Prinzipien ist es jedoch nicht durchgreifend gekommen.

Die CDU hat zwar der Erprobung der Gesamtschule zugestimmt, aber ohne Engagement. Die geringe Zahl dieser Schulen in CDU-regierten Bundesländern und die Tendenz, diese jetzt schrittweise zu schließen, machen das deutlich.

Viel schwerwiegender ist, daß die CDU letztlich eine wirklich konsequente Form der Gesamtschule, die unvergleichbar mit anderen Schulformen ist, verhindert hat. Von Anfang an bis zur Kultusminister-Vereinbarung über die gemeinsame Anerkennung der Schulabschlüsse im Jahre 1982 wird immer wieder die Vergleichbarkeit der Gesamtschule mit den herkömmlichen Schulformen gefordert. Dabei wird der Erfolg von Erziehung fast ausschließlich nach dem gesammelten Wissen, im kognitiven Leistungsbereich also, gemessen. Daraus haben sich für die Gesamtschule von vornherein die Grenzen ihrer Entfaltungsmöglichkeiten ergeben. Ihre eigentliche Stärke würde sich erst zeigen, wenn ihre soziale Integrations- und demokratische Erziehungsleistung ebenfalls Maßstab für die Bewertung von Schulen würden.

Dennoch hat die Gesamtschule wesentliche Erwartungen der Bildungsreform erfüllt und kann jetzt schon für sich in Anspruch nehmen, die bessere Schule zu sein. Die wissenschaftlichen Vergleichsuntersuchungen haben insgesamt gezeigt:



- Im kognitiven Leistungsbereich hält die Gesamtschule jeden Vergleich mit dem herkömmlichen Schulsystem aus. Qualitätsunterschiede gibt es - bei Gesamtschulen ebenso wie bei Gymnasien und Realschulen. Einzig und allein Bayern mit seinem Zentralabitur ist auf dem Weg zur Neckermann-Schule;
- Wenn heute 36,5 Prozent der Schüler eines Fünftklässler-Jahrgangs in Hamburg auf das Gymnasium überwechseln, ist das zunächst ein Hinweis darauf, daß im Gegensatz zu früher sehr viel breitere Schichten ihre Kinder auf diese Schulen schicken, aber auch dafür, daß in Hamburg wirklich Wahlfreiheit zwischen den Schulformen, Durchlässigkeit auf höhere Schulformen, besteht. Maßgebliche Kräfte aus dem konservativen Bereich wollen diese Offenheit des Gymnasiums wieder beenden. erinnert sei an die Vorschläge des Präsidenten der Westdeutschen Rektoren-Konferenz, Theodor Berchem, das Abitur vorzuverlegen und die Anforderungen an den Hochschulzugang zu verschärfen.

Das Gymnasium ist jedoch weit weniger "durchlässig" in diesem Sinne, als die hohen Anmeldezahlen suggerieren. Das machen die folgenden Zahlen deutlich:

- 20 bis 25 Prozent aus den Klassen 5 bis 10 müssen das Gymnasium wieder verlassen;
 - im Schuljahr 1983/84 gab es in Hamburg an Klassenwiederholern
- | | |
|--------------------------------------|-------|
| im Gymnasium, Klassen 5 bis 10: | 1.353 |
| in der Hauptschule, Klassen 5 bis 9: | 672 |
| in der Realschule, Klassen 7 bis 10: | 1.198 |

Jeder weiß, welche pädagogischen und menschlichen Probleme es für Rückläufer und auch für Wiederholer gibt, einschließlich der Auswirkungen auf den Lernerfolg. Vom System her ist die Gesamtschule hier nun wirklich die bessere Alternative.

Diese Zahlen führen auch die völlig sinnlose Diskussion ad absurdum, ob nun die Gesamtschule teurer sei als das Gymnasium oder nicht: In Hamburg könnten zum Beispiel auf den Schlag zehn Gymnasien eingespart werden, wenn es dort keine Wiederholer gäbe, deren Zahl steigt.

Die Zahlen zum Problem Durchlässigkeit machen auch verständlich, warum in den meisten Untersuchungen zur Schulangst die Gesamtschule in der Regel deutlich besser abschneidet.

Schließlich können die Gesamtschüler ein individuelles Lernprofil erreichen, weil sie je nach ihren Fähigkeiten in den einzelnen Fächern gefördert werden können. Das führt dann dazu, daß zum Beispiel derjenige, der am Ende einen Haupt- oder Realschulabschluß erreicht, in einigen Fächern Fähigkeiten erwirbt, die ihn auf diesen Feldern auch für die Gymnasial-Oberstufe qualifizieren würden. (-/14.2.1985/vo-he/rs)

+ + +

